

starben. Wie die "Mitteldutsche Zeitung" in Erfurt erzählt, war der Täter bei Ausübung der Tat stark betrunken. Er will gar nicht dementen haben, daß er Denzel überhaupt erkannt hat, und war höchst erstaunt, als man ihm den Grund seiner Verhaftung mitteilte. Auch die anderen am Streit Beteiligten sollen schwer bestraft gewesen sein.

Schmölz. Der vor einigen Wochen hier wegen verschiedener Beträger verhaftete angebliche Emanuel Nagel aus Berg wurde durch das Amtsgericht verfahren als der vielfach bekannte Schlosser Willi Alfred Schödel aus Gera festgestellt. Schödel war aus einer Strafanstalt in Dresden entwichen und betrieb unter falschem Namen seine Beträgerei weiter; er wird auch unter dem Namen Schödel von verschiedenen Strafbehörden stets bösartig verfolgt.

Altenburg. Ein bösiger Fabrikant, der mit einem Freunde in ein Kaffeehaus einfädelte, entsprach dem Wunsch zweier Mädchen und fuhr sie spazieren. Auf der Neumarktstraße fuhr der Kraftwagen gegen eine mächtige Eiche und ging vollständig in Flammen. Die Insassen schossen 20 Meter weit heftig die Wölbung hinunter ins Gras. Der den Wagen steuernde Fabrikant erlitt eine leichte Brustquetschung und Kopferkratzerung. Einer der Mädchen wurde von der zertrümmerten Schuhsohle ein Arm der Länge nach aufgerissen. Um übrigens sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

Tagessgeschichte.

Deutsches Reich.

Beileid der Stadt Danzig. Dem Reichspräsidenten ging vom Präsidenten des Senats der freien Stadt Danzig, Nahm, folgendes Telegramm zu: Der Senat der freien Stadt Danzig bekundet in tiefer Erstürzung dem deutschen Volke sein inniges Mitgefühl zum Tode Rathenau. Mit dem ganzen Welt ist sich auch die freie Stadt Danzig einig in dem Ausdruck des Abscheus über das entsetzliche Verbrechen. Danzig empfindet das Leid des deutschen Volkes als sein eigenes Leid.

Tarifbruch im Berliner Buchdruckergewerbe. Im Schlesischen Verlag in Berlin hat die Belegschaft unarbeitsfähige Bedingungen erhoben und ist in den Ausstand getreten. Der "Berliner Lokalanzeiger" und die übrigen Blätter dieses Verlages konnten seit Dienstag nicht erscheinen. Das Tarifschiedsgericht der Buchdrucker hat einstimmig, und zwar Arbeitgeber, als auch Arbeitnehmervertreter, dahin erkannt, daß die beklagte Buchdruckergenossenschaft sich durch einen groben Verstoß gegen § 87, 2 des Tarifs eines Tarifabkommens schuldig gemacht habe. Die Regierungsstellen sind von den Vorgängen von Seiten der Berliner Zeitungsschreiber in Kenntnis gesetzt worden.

Der Parteivertrag der Deutschnationalen Volkspartei erlaubte alle Mitgliederungen der Partei, sofort genau zu verhindern, ob einzelne Mitglieder der Partei Organisationen angehören, die verfassungs- oder gesetzwidrige Ziele verfolgen. Solche Partei-Mitglieder sich darunter befinden, ist etwas so unverantwortlich aus der Partei auszuschließen.

Verbotene Zeitung. Die Redaktion der "Hamburger Zeitung", des Abonnementblattes der "Deutschen Presse", teilt mit, daß die morgige Ausgabe des Blattes von der Polizei beschlagnahmt worden sei.

Mauerei in der Stadtverordnetenversammlung. In der Stadtverordnetenversammlung in Königberg kam es Mittwoch abend zu körperlichen Auseinanderen zwischen den Mitgliedern der äußersten Linken und der Deutschnationalen Volkspartei. Von der linken Seite wurden bei Beginn der Sitzung Rufe, wie "Mörderhände", "Mördergesind", gegen die Deutschnationalen gerichtet. Als ein deutschnationaler Stadtverordneter einen solchen Ruf mit dem Vorwurf der Feindseligkeit gegen die radikalen Wortführer erwähnte, drangen zahlreiche sozialistische Stadtverordnete auf ihn ein, wodurch eine Mauerei entstand, die den Vorsieher zur Unterbrechung der Sitzung zwang. Der deutschnationale Stadtverordnete, der den Aufstand gemacht hatte, verließ den Sitzungssaal. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangten die Deutschnationalen, daß der sozialistische Stadtverordnete, der die beleidigenden Rufe gegen recht gerichtet hatte, den Saal verlässe. Als daraufhin nichts geschah, verließen sämtliche Deutschnationalen den Sitzungssaal. Die von den Demokraten beantragte Beleidigungskündigung für Rathenau wurde einstimmig angenommen. Bei der Beratung des Antrages der Linken über die Beleidigung des Magistratsgebäudes und Entfernung der Bilder des früheren Kaisers und Ludendorffs ergab sich Unstimmigkeit.

Die Not der Presse. Unter dem Druck der fortgesetzten Zeuerung sind weitere Fertigungen gewünscht, ihr Ergebnis zu vermindern oder gänzlich einzustellen. Es erscheinen jetzt wöchentlich (die eingelammerten Tafeln deuten das bisherige Erscheinen an): "Brutaler Amelker" 2 mal (3), "Burgenfelder Zeitung" 3 mal (6), "Camburgser Tageblatt" 5 mal (6), "Überschoder Zeitung" 3 mal (6), "Rottweiler Zeitung" 4 mal (6) und "Tübingen Waldbote" 4 mal (6). Vom 1. Juli ab erscheinen nicht mehr: Die im 48. Jahrgange liegende "Landpost" in Bamberg-Hohenlohe, sowie die "Albersdorfer Zeitung", "Schenfelder Nachrichten", "Hohenwestedter Zeitung", "Aufziger Zeitung" und "Wuppertaler Stadtblatt" (64. Jahrgang). 95 Tageszeitungen und Zeitblätter sind nach neuesten Ausstellungen in der letzten Zeit wiederum eingegangen. Die von der Reichsregierung zugefasste Hilfsaktion für die Presse befindet sich seit längerer Zeit im "Stadium der Grüterungen". Angewiesen nimmt das große Zeitungssterben seinen verhängnisvollen Lauf. Wird die Reichsregierung, werden die Regierungen der Länder diese Reichen verstehen, werden sie die Tatsache würdigen, daß schon Entente-Kapital nach deutschen Zeitungen greift, um Einfluss auf die deutsche öffentliche Meinung zu gewinnen? Was sich damit vorbereitet, sollte doch unseren Regierungsstellen die Augen öffnen über die Gefahren, die den bodenständigen deutschen Presse und dem deutschen Volke drohen, und sie erkennen lassen, daß Grüterungen und immer wieder Grüterungen nicht das Mittel sind, die Katastrophe zu verhindern, sondern daß die Lage eine energische, großzügige und vor allem schnelle Tat erfordert. — In der gestrigen Sitzung des Reichsrates erklärte der preußische Ministerialdirektor Meister, daß die Bemerkung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die Länder hätten sich geeinigt, an dem Gesetzesentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse mitzuwirken, falsch sei. Die Länder seien vielmehr nach wie vor zur Mitarbeit durchaus bereit, wenn sie auch die von der Reichsregierung vorschlagenen Maßnahmen nicht ohne weiteres annehmen könnten. Die Länder hätten jedoch eine Reihe anderer Vorschläge der Reichsregierung unterbreitet.

Die ablehnende Haltung der freien Gewerkschaften. Wie der "Böhmische Anzeiger" erzählt, hat die am 29. Juni in Böhmen abgehaltene Brevierkonferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen die Ausführungsverordnung für Arbeitertarif- und Lohnfragen, sowie die Nebenschichten abgelehnt. Die Aussprache ergab die völlige Einigkeit der Befragten und den festen Willen, unbeirrt von äußeren Einflüssen, geschlossen zu der Organisation zu stehen. In Lohnfragen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung des Getrages der Bergarbeiter abhängig sei von einer Verbesserung der heutigen mangelhaften Ernährung der Bergarbeiter, ebenso von einer Erhöhung des Realitätslohnes. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Österr. Siebenbürgen.

Zwei Tage und Cholerafälle. Nach einem Belgrader Telegramm des "P. T." zeigten sich auf vier im Hafen von Salamis liegenden Schiffen mit 10.000 erkrankten griechischen Rückflüchtlingen aus Asien neben Typhus auch Cholerafälle. Die Schiffe wurden unter Quarantäne gestellt. Da auch in Saloniki Cholerafälle beobachtet werden konnten, hat die südlawatische Regierung strenge Maßregeln gegen die Einschleppung der Seuche ergreift.

Spanien.

Das spanisch-deutsche Handelsabkommen. Der Minister des Innern erklärte in den Handelsgängen der Kammer über die Verhandlungen über das spanisch-deutsche Handelsabkommen, daß sie, wenn auch unter Schwierigkeiten, fortgesetzt werden würden. Er fügte hinzu, der deutsche Verhandlungsführer habe sich im Laufe des Abends in einer Regierungskonferenz noch Warchau begeben. Nichtsdestoweniger würden die Verhandlungen dadurch nicht behindert, denn der Delegierte lasse einen Vertreter zurück, der die Verhandlungen fortführe.

England.

Gouvern. für Anzahl an Griechenland. Der britische Oberkommissar ist von Gouvern nach England abgereist. Die Nationalversammlung holt einstimmig Entschließungen, die die Vereinigung Gouverns mit Griechenland verlangen. Er wird diese Entschließungen der britischen Regierung übermitteln. Auch der Nationalrat sprach sich einstimmig dafür aus, daß Gouvern an Griechenland zurückgegeben werde, und erklärt, daß Maßnahmen getroffen werden seien, um die britischen Interessen zu wahren.

Die Lage in Dublin verschärft sich immer mehr. Den Blättern zufolge wird es immer klarer, daß die Belagerung der Four Courts nur ein Teil der Auseinande ist, die den irischen Freikorps truppen bevorsteht. Während der gestrigen Nacht haben sich in verschiedenen Teilen der Stadt republikanische Heester gebildet. Diese Heester werben eine ernste Gefahr für die Truppen Collins. Die Beliebung dauerte bis fünf Uhr morgens an. Bisher sind keine Angriffe vorhanden, daß der republikanische Führer bereit sei, sich zu ergeben. Eine erneute Auflösung zur Übergabe wurde abgelehnt. Die Regierung des irischen Freistaates teilte der Londoner Regierung mit, sie erwarte und wolle, daß die Republikaner bald zur Kapitulation gezwungen seien werden. Bisler wurden 18 Tote und 40 Verwundete gemeldet. Die Eisenbahnlücke ist unterbrochen. Bei Limerick wurde eine Brücke gesprengt. Damit ist die Verbindung mit Cork abgeschnitten.

Amerika.

Konferenz zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks. Gouvern meldet aus Washington: Präsident Harding habe beschlossen, eine Konferenz einzuberufen, um den Ausstand der Bergleute beigelegt zu bringen. Er habe zu dieser Konferenz 25 bis 30 Grubenbesitzer eingeladen, die über die Feststellung der Lösteine beraten sollten. Der Vorsitzende des Sondikats der Bergarbeiter erklärte, daß die Streikführer des Sondikats aufgefordert würden, an der Konferenz teilzunehmen, die am Sonnabend im Weißen Hause stattfinden werde. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter verlangen, daß für ganz Amerika verhandelt werde, während die Grubenbesitzer nur bezirkweise Abkommen schließen würden.

Antrag auf Rückgabe beschlagnahmtes Sachbestands. Das Mitglied des Kongresses Winslow hat einen vom Präsidenten Harding gebilligten Antrag eingebracht, wonach eine Summe von 40 Millionen Dollar und der im Verlaufe des Krieges beschlagnahmte Sachbestand zurückgegeben werden soll.

Vermischtes.

Ein überladenes Boot umgeschlagen. Eine Gesellschaft vom Buchdruckergenossenschaft in Wiesbaden nahm in angeherrtem Zustande eine Fahrt auf dem Rhein. Obwohl nur ein kleines Boot für drei Personen zur Verfügung stand, stiegen die acht Sänger entgegen den Warnungen ein. Das überladene Boot schwang um und vier Passagiere ertranken, darunter ein Familienvater von groß

Kindern.

Verhaftung des Kapitäns vom "Avar". In Hamburg wurde Kapitän Bordo, der Führer des im helligen Hofen gesetzten Tampers "Avar", nachdem er wieder hergestellt ist, verhaftet und beim Untersuchungsgesetz zugestellt. Dort wurde ihm der Verhaftungsbefehl vorgelegt, nachdem er, da er als Ausländer der Flucht verdächtig erschien, in Gewahrsam genommen werden mußte. Man bedachte dem völlig gebrochenen Mann, daß er durch seine Maßnahmen das Leben von etwa 40 Menschen aus dem Gewissen habe und daß voraussichtlich eine schwere Strafe verhängt werden müßte. Die Sachverständigen sind der Meinung, daß die Bergung des Wracks sich bis zum Herbst hinziehen werde.

Ein unglücklicher Hund. In Darmstadt wurden in der Nacht zum Donnerstag in dem Geschäftshaus des sozialdemokratischen "Festlichen Volksfreunden" zwei Fensterbretzen eingeschlagen. Die dort stationierten Beamten der Schupo bewerben später verdecktige Geißel und stiegen über die Mauer des angrenzenden Bankhauses Raubheim. Der Hausmeister des Hauses namens Kurz hielt sie für Einbrecher und holte den Hund auf sie. Die Beamten riefen, Polizei sei da, und forderten ihn auf, den Hund zurückzurufen. Der Hausmeister sah sie ihnen nicht. Als der Hund auf einen der Beamten einstieß, schoß dieser auf ihn. Die Anger stieß den Hund, wußte vom Platz ab und traf den Hausmeister so unglücklich, daß der Tod sofort eintrat.

Autounfall. Als auf der Chaussee von Weißwasser-Rieschen der Chauffeur des Direktors Müller von den Glasbläsern Peter, Janke u. Co. mit seinem Kraftwagen einem Kindern ausweichen wollte, plötzlich der Reifen und der Wagen überstieg sich. Müller und der Chauffeur wurden leicht verletzt. Von den übrigen Insassen wurden zwei getötet.

Neubestellungen auf Juli 1922

Zum Bezug des täglich erscheinenden "Märkischen Tagesschreibes" werden jederzeit von allen Zeitungsdruckern und von der Gesellschaftsseite, Gothaerstr. 69, entgegengenommen. Bezugspreis für Juli: 22 Mark ohne Bringerlohn.

Der Kriegsbeschuldigtenprozeß in Leipzig.

In dem Prozeß gegen Michelsohn wurde am Mittwoch nach Eröffnung der Sachverständigengutachten in die Hauptvernehmung eingetreten. Zur Vernehmung kamen Regierung-Medizinalrat Dr. Klemens-Siedenburg, Gesundheitsrat Prof. Dr. Braunschweig-Halle und Regierung-Medizinalrat Dr. Parz-Berlin. Alle drei Herren stellten dem Angeklagten genau wie die Sachverständigen das Beugnis eines überaus tüchtigen, organisatorisch begabten Arztes aus und wußten auch in persönlicher Hinsicht nichts Nachstelliges über ihn zu sagen.

Am Donnerstag kam der Stabsarzt und damalige Chefarzt Dr. Weltretz aus Berlin-Wilmersdorf zur Vernehmung. Er lobt die von Dr. Michelsohn getroffenen Einrichtungen in Dipp.-le-Gros und Erfurt. Weltretz weist die im weiteren Verlauf der Verhandlung erfolgte Behauptung, daß auch die deutschen Schweizer ein unzureichendes Moment im Prozeß gebildet haben. Insbesondere kommt hier das Auftreten der für den 30. Juni als Beugin geladenen Schweizer Dietmann aus Stettin zur Sprache, bis unter anderem in militärischer Zone gehaust haben soll: „Ich werde um 14 Tage Nachurlaub bitten, und wenn ich den nicht erhalte, dann lasse ich mich verlegen!“ Diesem Verlangen hat sich der Angeklagte widersetzt. Der aus Leipzig gebürtige Kaufmann Hans Breuer in Frankfurt a. M. war kommandiert zur Gerichtsverwaltung des Roten Kreuzes. Er berichtet über eine französische Dame aus einer alten Patriziersfamilie aus Lyon, die sich über ein Dauerrecht, in dem unglaubliche Zustände herrschen sollten, ausdrückt. Dr. Michelsohn habe unter anderem gefragt, in Erfry habe es auf Wein sei angefordert, daß viele Klagen habe er abgewendet. Der Beugin wird Dr. Weltretz gegenüberstellen. Dieser erklärt, ein solches Gespräch habe niemals stattgefunden. Der Präsident verliest eine an das Auswärtige Amt gerichtete Eingabe des Beugins über diese Unterredung. Darin führt der Beugin unter anderem aus, daß Dr. Weltretz gefragt habe, ob Michelsohn nun noch Sterbehilfeprokte einholen wolle. Gantwörter ist worden, das sei doch am einfachsten. Der Beugin gibt zu, daß er den Ausdruck mit den "Sterberapporten" vielleicht missverständlich verstanden haben könne.

Urtümgerichtsrat Wahrendols aus Hannover sagt aus. Dr. Michelsohn habe ihm erzählt, daß er mit den Schweizern Differenzen hätte, sie seien abends trotz seines Verbots ausgetragen. Als nächster Beugin wird der praktische Arzt Dr. Kosaken aus Golnow i. Pomm. vernommen. Er schlägt die großen Schwierigkeiten im Lazaret, in dem damals 1000 gefangene Deutsche untergebracht waren, und war Befreier, Gramos und Russen aller Stämme. Unter ihnen konnten sich die Insassen gar nicht vertreten. So habe z. B. ein Russe dem andern wegen einer Zigarette ein Auge ausgeschlagen. Weltretz kommt der praktische Arzt Dr. med. Erich Befenne aus Neuhaus am Rennsteig zur Vernehmung. Zur Prüfung steht er zu, daß es wohl hin und wieder bei Verletzungen etwas abgegeben hat, das hätten aber auch die Betroffenen weiter nicht übernommen. Der Studienrat Walter Matthes aus Zweckau war als Stellvertreter Gerichtsverwaltung tätig. Er stellt Dr. Michelsohn das Beugnis aus in Bezug auf organisatorisches und technisches Verständnis. In mancher anderen Belebung habe er ihn aber nicht gerade für eine Hierarchie des Heeres gehalten. Der Angeklagte habe sich ein Kleidstück gehalten, und auf die Frage nach dem Hinterhof sei statlich gewesen. Ebenso sei die Küche von Erfry so gut gewesen, daß man in einem Berliner Hotel nicht habe besser essen können.

Der Angeklagte erinnert dann an die schlimme Aussage des Beugins über den Fall des Knaben Moritz, den Dr. Michelsohn verabsäumt haben soll und der dann gestorben ist. Der Beugin weiß sich nicht mehr bestimmt daran zu erinnern, ob er selbst mit dem Angeklagten über den Knaben Moritz gesprochen hat oder ob es sich um ein Gespräch einer Schwester mit Dr. Michelsohn gehandelt hat. Der Oberstkreisrat Walter Martens in Stettin war Lazarettinspektor in Erfry. Er berichtet in bestimmter Form über die geleistete Herkulesarbeit der Bereitung eines braubaren und zuletzt geradezu komfortabel eingerichteten Lazarettes. Der Beugin ist 1914 ins Feld getreten und in Gefangenschaft geraten, später aber wieder ausgetauscht worden. „Unsere Kerze sind in der französischen Gefangenstadt in Raum untergebracht worden, wo blutige, schmutzige Krankenwände aufbewahrt wurde. Es wurde keine Gelegenheit gegeben, die Notdurft zu verrichten. Wir mußten unsere Schlüssel dazu benutzen. Schwarze standen an den Türen und bewachten uns, außerdem wurden wir geschlagen. Auch auf dem Abtransport der ersten Station sind die deutschen Kerze bespukt und mit Schnaub beworfen worden. Sie haben uns die Franzosen behandelt.“

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 30. Juni 1922.

Dr. Helfferichs Abreise.

Wie der "Vorwärts" meldet, hat der Udg. Dr. Helfferich am Donnerstag nachmittag, nachdem die Verhaftung Günthers bekannt wurde, Berlin plötzlich verlassen und die Polizei gebeten, für den Schutz seiner Wohnung zu sorgen.

Abreise der Interalliierten Kommission.

Paris. Die Interalliierte Kommission in Oppeln wird, wie einige Blätter bekanntgeben, am 7. Juli mit Sonderzug Oppeln verlassen und am 9. Juli in Paris eintreffen.

Aus dem englischen Unterhaus.

London. Im Unterhause erklärte Stanhope auf eine Anfrage, Deutschland dürfe gemäß der Boulogner Note vom Juni 1920 eine Polizeimacht von insgesamt 150.000 Mann unterhalten. Die interalliierte Kontrollkommission habe nicht gemeldet, daß diese Zahl augenblicklich überschritten sei. Die deutschen Vorschläge für die Neorganisation der Polizeimacht würden gegenwärtig von der Kontrollkommission geprüft. Stanhope teilte dann mit, die britischen Besatzungskräfte am Rhein und in Oberschlesien betrügen vom 1. April bis 30. Juni 1922 etwa 800.000 Pfund Sterling. Nachdem Horne Angaben über die Ergebnisse der deutschen Einkommensteuer für 1921/22 gemacht hatte, fragte Wedgwood, ob der britische Postbeamter in Berlin Anweisungen erhalten habe, welche Stellung er zu der etwa beabsichtigten Wiedereinführung der Häuserabgaben und Witterbach einzunehmen habe. Horne wußte nur auf seine Antwort vom 22. Juni. Kennworthys fragte, ob es nicht einleuchtend sei, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland es für die Republik absolut notwendig machen, eine ausreichende Polizeimacht zu unterhalten, und ob nicht alle derartigen Fragen nach der Polizeistärke die Monarchien unterstützen. Auf diese Frage wurde keine Antwort erzielt.

Asquith für Herauslösung der deutschen Verpflichtungen.

London. Asquith sagte in einer Rede in Boissey, die wirtschaftliche Lage Europas sei im gegenwärtigen Augenblick nicht nur nicht besser, sondern sogar schlechter als vor drei Jahren. Die Wachstumsrate, die das Barometer des internationalen Handels setzt, zeigten weiterhin wilde und nicht vorauszusehende Schwankungen. Man befindet sich noch innerhalb einer nicht abzusehenden Entfernung von der Stabilität und Kontinuität, ohne die eine gesunde Wirtschaft vollkommen unmöglich sei. Der Grund sei der, daß die Deute, die für die internationale Beziehungen verantwortlich seien, immer noch nicht den Tatkräften ins Auge schauen und dem Problem, das die gesamte Schuldenfrage umfaßt, und der Streichung der papierenen Verpflichtungen nicht gegenüberstehen. Man müsse die Phantazahlen befehligen, die den Verlierer Vertrag gemacht hätten. Sowohl Großbritannien in Bezug auf die Schweiz kommt, können es sich im eigenen Interesse und im Interesse der Welt es leisten, auf solche Zahlen zu verzichten. Die deutschen Verpflichtungen müssen innerhalb der bestehenden Grenzen festgelegt werden, sobald sie innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegen, ohne die Welt zu ruinierten. Um einen wirtschaftlichen Beginn zu machen, müsse Deutschland eine internationale Kausele erhält. Der Bankierausschuß, der nicht aus Politikern, sondern aus Geschäftsmännern besteht, sei zu dem Schluß gekommen, daß er keinen Schritt tun könne, bevor die Politiker und Staatsmänner der Welt endgültig den Vertrag der deutschen und der alliierten Schulden festgelegt hätten.